

Kanton fördert ambulante Behandlungen

KANTON LUZERN Ab Juli sollen bestimmte Behandlungen und Untersuchungen von den Spitälern ambulant durchgeführt werden. Zudem müssen die Spitäler Spitaleintritte am Vortag einer Behandlung medizinisch begründen.

Es gibt medizinische Leistungen, die ambulant und stationär in derselben Qualität erbracht werden können. Ob ein Patient oder eine Patientin ambulant behandelt wird und am gleichen Tag wieder nach Hause gehen kann oder ob er oder sie im Spital bleibt, macht aber bei den Kosten einen markanten Unterschied.

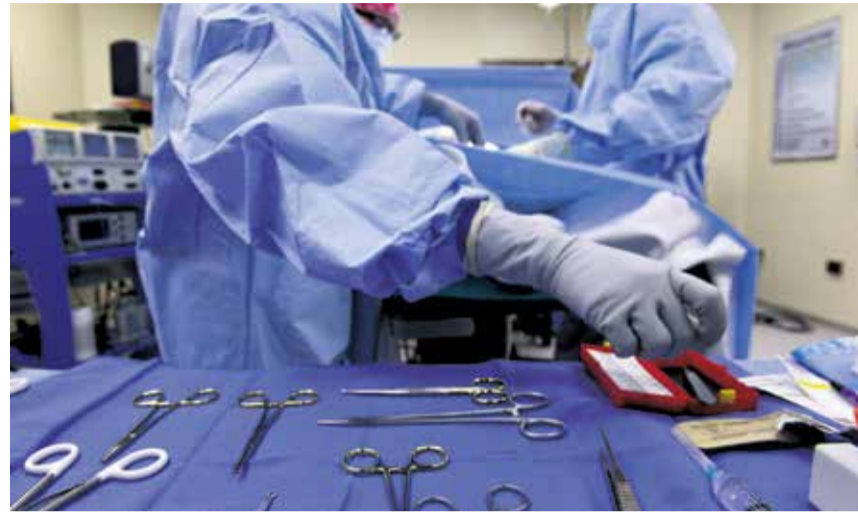
Anhand von 13 ausgewählten Eingriffen hat das Beratungsunternehmen Price Waterhouse Coopers berechnet, dass stationär erbrachte Spitalbehandlungen im Durchschnitt 2,3-mal teurer sind als ambulante. Kostet eine ambulante Behandlung zum Beispiel 10 000 Franken, wird derselbe Eingriff stationär durchschnittlich mit 23 000 Franken verrechnet. Bei Patienten mit einer Privatversicherung ist der Unterschied besonders gross.

Unnötige Kosten vermeiden

Der Kanton Luzern möchte nun gemäss einer Mitteilung in Zukunft unnötige stationäre Spitalaufenthalte vermeiden und die ambulanten Behandlungen fördern. Dies entlaste auch die Steuerzahler, da bei jedem stationären Spitalaufenthalt 55 Prozent der Kosten der obligatorischen Krankenversicherung durch den Kanton bezahlt werden. Aus diesem Grund hat der Kanton Luzern eine Liste mit Behandlungen erstellt, die in Zukunft grundsätzlich ambulant durchgeführt werden sollen. Führt ein Spital eine solche Behandlung trotzdem stationär durch, beteiligt sich der Kanton Luzern nur dann an den Kosten, wenn die stationäre Behandlung medizinisch begründet werden kann. Diese neuen Massnahmen treten im Juli in Kraft. «So können wir unnötige Kosten vermeiden, ohne dass die medizinische Qualität darunter leidet, und leisten einen aktiven Beitrag, das Kostenwachstum im Gesundheitswesen einzudämmen», sagt Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Sparpotenzial von mehreren Millionen Franken

Durch die Förderung von ambulanten Spitalbehandlungen könne der Kanton



Gewisse Eingriffe sollen in Zukunft nur noch ambulant durchgeführt werden. Foto pixabay

Luzern Fehlanreize beseitigen, sagt Graf: «Bei allgemein versicherten Personen werden heute einfache Eingriffe am Knie zu etwa 97 Prozent ambulant durchgeführt. Von den privat versicherten Patientinnen und Patienten bleiben jedoch bis zu 30 Prozent nach der Operation mindestens eine Nacht im Spital. Diese Mehrkosten bezahlen wir in Zukunft nicht mehr.»

Gemäss Berechnungen der Dienststelle Gesundheit und Sport wären im Jahr 2015 rund 800 Spitalaufenthalte von der neuen Regelung betroffen gewesen. Wären diese Eingriffe ambulant statt stationär erfolgt, hätte der Kanton Luzern mehrere Millionen Franken gespart, ohne dass dadurch die Prämien angestiegen wären. Mittelfristig kann sogar von höheren Einsparungen aus-

gegangen werden, da durch den medizinischen Fortschritt sowie Prozessanpassungen in den Spitälern zusätzliche Eingriffe ambulant möglich sind. Die Liste der ambulant durchzuführenden Untersuchungen und Behandlungen wird jährlich durch das Gesundheits- und Sozialdepartement überarbeitet und neuen Erkenntnissen und dem medizinischen Fortschritt angepasst. Die Liste wird publiziert unter: www.gesundheit.lu.ch

Eintritte am Vortag müssen begründet sein

Als weitere Massnahme möchte der Kanton Luzern den Anreiz unterbinden, Patientinnen und Patienten länger als aus medizinischer Sicht notwendig im Spital zu behalten. Insbesondere bei Spitaleintritten am Vortag beteiligt sich der Kanton neu an den höheren Kosten nur, wenn die Spitäler den vorzeitigen Eintritt medizinisch begründen können. Die Massnahmen des Kantons Luzern werden durch die Dienststelle Gesundheit und Sport überprüft. Der Kanton Luzern führt diese Massnahmen so lange durch, wie die Einsparungen grösser sind als die dafür notwendigen Aufwendungen. pd

Wakkerpreis geht an die Stadt Sempach

SCHWEIZ/SEMPACH Die Luzerner Kleinstadt erhält die Auszeichnung für die sorgfältige Weiterentwicklung ihrer historischen Ortskerne von nationaler Bedeutung.

Der Schweizer Heimatschutz würdigt die Stadt Sempach mit dem Wakkerpreis 2017. Die Stadt Sempach pflegt seit vielen Jahren eine gelebte Diskussionskultur über das Bauen und Planen in der Gemeinde. Diese Bereitschaft zum Dialog hat das Bewusstsein der Bevölkerung für den Wert des gebauten Erbes geschärft und ermöglicht innovative Lösungen für eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung, heisst es in einer Mitteilung. Besonders sichtbar werde dieses Engagement für Baukultur in den beiden Ortskernen von na-

tionaler Bedeutung – der Altstadt und dem Weiler Kirchbühl – wo bestehende Werte gepflegt werden und zugleich Neubauten entstehen können, die einen Beitrag an die Lebensqualität vor Ort leisten.

Ein Schlüssel zum Erfolg seien Architekturwettbewerbe oder andere Planungsverfahren von Privaten und der öffentlichen Hand, die verschiedene Ideen von Fachleuten miteinander in Konkurrenz stellen und vergleichbar machen. Ganz im Sinne einer transparenten Kommunikation werden die Resultate der Planungen öffentlich vorgestellt. Ebenso fördere die Stadt partizipative Verfahren, die mehrere Grundeigentümer eines Gebietes an einen Tisch bringt, um die gemeinsame Entwicklung ganzer Quartiere voranzutreiben.

Damit die Lebensqualität in den historischen Ortskernen langfristig erhal-



Ein Neubau anstelle einer Baulücke und zwei Ersatzneubauten ergänzen die Häuserzeile an der Oberstadtstrasse in zeitgemässer Architektursprache. Foto Gaetan Bally/Keystone

ten bleibt, ist eine gute Umsetzung bis ins Detail nötig. Hierfür verfüge die Stadt Sempach über eine kompetente Fachkommission, die sämtliche Bauprojekte in den sensiblen Ortsbildern

von nationaler Bedeutung beratend begleitet. Durch ein präzises Baureglement, ein ausführliches Inventar der schützenswerten Bauten sowie das Inventar schützenswerter Ortsbilder der

Schweiz ISOS bestehe Klarheit, wo die sensiblen und wertvollen Bereiche und Einzelbauten liegen. Dank einer guten Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflege hat die Stadt eine Basis geschaffen, um das baukulturelle Erbe auch in Zukunft zu erhalten.

Besonders würdigt der Schweizer Heimatschutz mit dem Wakkerpreis die Behörden und die Politik der Stadt Sempach, die sich umfassend und tatkräftig für die Förderung der Baukultur vor Ort einsetzen. Die Stadt begnüge sich nicht mit einem guten Baureglement, das ernsthaft umgesetzt wird. Das gelebte Engagement reicht deutlich weiter – etwa in Form von öffentlichen Podiumsgesprächen mit der Bevölkerung, Publikationen oder gezielter Medienarbeit.

Die offizielle Preisübergabe findet am 24. Juni im Rahmen einer öffentlichen Feier statt. pd

BRIEF

aus dem Ständerat



Damian Müller
FDP, Hitzkirch

Wenn wir uns für einmal von den täglichen Katastrophenmeldungen lösen und den Zustand der Welt nüchtern betrachten, stellen wir fest, dass die Menschheit in den letzten Jahrzehnten

Zukunftsvisionen gemeinsam entwickeln

enorme Fortschritte erzielt hat. Trotzdem nehmen Konflikte und Terror wieder zu, Flüchtlingsströme brechen los, das Wachstum der Wirtschaft gerät ins Stocken. Globalisierung und Marktwirtschaft, die Treiber der langfristigen positiven Entwicklung, werden seit der Finanzkrise plötzlich zu Sündenböcken. Ideologien, Populismus und Nationalismus kehren zurück. Dies sind gefährliche Tendenzen. Wichtig finde ich, dass wir als Gesellschaft soli-

darisch sind und gemeinsam Zukunftsvisionen entwickeln.

Während den letzten Wochen bekam ich unzählige Zuschriften und führte viele Gespräche. Sie können sich vorstellen, es ging mehrheitlich um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, Mobilität, Rentenreform 2020, Sicherheit und die finanzielle Entwicklung unseres Kantons. Themen, welche uns alle beschäftigen und einen direkten oder indirekten Einfluss auf unser Leben haben. Als überzeugter Föderalist ist es mir wichtig, dass die Bundespolitik den Kantonen und Gemeinden weiterhin die nötigen Freiheiten geben, damit sich diese nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten entwickeln können. Dabei vertraue ich den gewählten Politikern, welche Kompromisse ohne zu starke Verwässerung der Lösung suchen, unbeabsichtigte Nebenwirkungen möglichst vermeiden und am Schluss die Zustimmung der Bevölkerung gewinnen. Dazu gehört, dass wir hart, aber fair, über die Parteigrenzen hinaus Kompromisse finden.

Mobilität – wir kämpfen für die Zentralschweiz

Der Autobahnanschluss Emmen-Nord

und die Ausdünnung der SBB-Direktverbindungen ins Tessin und nach Italien sowie die beiden Grossprojekte Durchgangsbahnhof Luzern und die Engpassbeseitigung auf der Autobahn mit dem sogenannten «Gesamtsystem Bypass», kommen in die entscheidende Phase. Emmen-Nord soll vom Halbanschluss nun zu einem Dreiviertelanschluss werden. Das Gespräch zwischen SBB-Chef Andreas Meyer, Bundesrätin Doris Leuthard und mir betreffend SBB-Fahrplan ist terminiert. Nach intensiver Beurteilung bin ich überzeugt, dass wir die Zukunftsvision Durchgangsbahnhof Luzern umsetzen können und sollen. Gemeinsam setzen die Zentralschweizer Bundespolitiker zusammen mit Regierungsrat Robert Küng alles daran, dass der Durchgangsbahnhof im Ausbauschnitt 2030/35 berücksichtigt wird. Der Beginn des «Gesamtsystem Bypass» ist auf 2025 geplant, sofern am 12. Februar 2017 das Schweizer Stimmvolk Ja sagt zur NAF-Vorlage.

Zu lasche Ausschaffungspraxis gefährdet Sicherheit der Bevölkerung

Die Terroranschläge im benachbarten Ausland bereiten mir grosse Sorge. Laut Berichten halten sich in der Schweiz zahlreiche gefährliche Perso-

nen auf, die sich ihrer Ausschaffung erfolgreich widersetzt haben. So auch im Kanton Luzern. Durch Verbesserungen im Ausschaffungsvollzug könnte die Anzahl dieser Personen in unserem Land reduziert werden. In der Praxis zeigen sich gravierende Schwierigkeiten beim Vollzug von Ausschaffungen und Landesverweisen. Rückführungen nach Algerien und Marokko sind besonders schwierig, obwohl es sich bei den beiden Staaten nach Angaben des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten um grundsätzlich stabile Länder handelt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn auch radikalisierte Straftäter aus Marokko und Algerien können – trotz hoher Risikoeinschätzung – nicht ausgeschafft werden. Für mich ist klar: Ausschaffende mit nachgewiesener Nähe zum IS müssen inhaftiert bleiben, bis sie unser Land verlassen. Ich fordere Präventivhaft für Terrorverdächtige. In meinem Postulat, welches ich an der kommenden Session einreichen werde, fordere ich den Bundesrat auf, in einem Bericht zur landesweiten Situation im Ausschaffungsvollzug Stellung zu nehmen, Probleme zu identifizieren und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Solidarität als Zukunftsvision

Die Schweiz ist bereits ein aussergewöhnlich solidarisches Land. Wenn ich nur schon an die unzähligen Personen denke, die ihre alternden oder kranken Angehörigen pflegen, oder auch an all die Freiwilligen, die sich in unserem Land um alles Erdenkliche kümmern: Die Instandhaltung von Wanderwegen, die Organisation von grossen und kleinen Festen, die Fronarbeit zum Beispiel in lokalen Sport- oder Musikvereinen. Alle, die in der Freiwilligenarbeit engagiert sind, leisten einen wertvollen Beitrag für das Gemeinwohl, welches nicht hoch genug geschätzt werden kann. Jede und jeder Einzelne kann zum Wohl unserer Gesellschaft Verantwortung übernehmen und einen Beitrag leisten. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam den negativen Tendenzen entgegenwirken und uns für eine erfolgreiche und positive Zukunft einsetzen.

Mit grosser Freude und Leidenschaft vertrete ich die Interessen des Kantons Luzern im Ständerat. In diesem Jahr warten viele Herausforderungen. Packen wir sie an und setzen sie um, damit unsere Zukunftsvisionen Wirklichkeit werden.